



BERLININFO

NR. 8

19. Mai 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

am Sonntag konnte Armin Laschet mit der CDU Nordrhein-Westfalen (NRW) im „Wohnzimmer“ der SPD gewinnen. Das ist nach Saarland und Schleswig-Holstein der dritte Sieg in Folge. Lange sah es nicht so aus, dass es für einen Sieg reicht. Das ist ein toller Erfolg, er zeigt aber auch, dass die Wahlstimmung innerhalb weniger Wochen kippen kann. Daher heißt es für uns als Union, weiter konzentriert arbeiten, um keine Zweifel aufkommen zu lassen, dass es ein erfolgreiches Deutschland nur mit der Union und Angela Merkel an der Spitze gibt.

Ihre

M. Heil

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. (030) 227 77040

Fax (030) 227 76423



Rede im Plenum: Verbraucherpolitischer Bericht der Bundesregierung

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag den verbraucherpolitischen Bericht der Bundesregierung debattiert. Er zeigt, vieles wurde in den letzten vier Jahren für die Verbraucher in Deutschland neu auf den Weg gebracht: neben dem kollektiven Verbraucherschutz bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), haben wir viel Geld in die Hand genommen, um die Marktwächter für Finanzen und Digitales bei den Verbraucherzentralen aufzubauen. Für die Uni-

on haben eigenverantwortliche Entscheidungen der Verbraucher immer Vorrang vor staatlichen Verboten und Kontrollen. Unser Ziel ist der Verbraucher auf "Augenhöhe" mit dem Anbieter. Unter meiner Leitung haben wir in der CDU Deutschlands seit einem Jahr Vorschläge erarbeitet, die als Grundlage für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl dienen werden. Wir wollen zukünftig vor allem die Fortschritte der Digitalisierung nutzen, um z.B. Lieferketten bei Lebensmitteln oder Textilien noch besser nachverfolgen zu können, AGBs leichter zu verstehen oder mit digitalen Helfern den Verbrauchern noch einfacher zu ihrem Recht zu verhelfen. Meine Rede können Sie hier noch einmal sehen:

<http://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7110916#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek>

„Das Kreuz ist die Demonstration dessen, was uns lenken sollte“

Das sagte Volker Kauder am vergangenen Mittwoch beim Reformationkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Blick auf das Kreuz, welches den Fraktionssaal der Fraktion schmückt und von Markus Daum geschaffen wurde. Dieses Kreuz steht für die Auffassung der Union, dass christliche Werte auch heute der Politik wichtige Impulse geben. Dabei steht das Menschenbild im Vordergrund, das die Auffassung vertritt, dass der Mensch als Gottes Geschöpf frei ist, er aber auch zu Nächstenliebe und Solidarität aufgerufen ist. Diese Auffassung schlägt eine Brücke über alle Konfessionsgrenzen hinweg und verbindet auch Katholiken mit einem der zentralsten Leitgedanken der Reformation. Daher lud die Union anlässlich des 500. Reformations-Jahrestages im Oktober schon jetzt Kirchenvertreter, Fachleute und Politiker zur Diskussion über den Zusammenhang von Glauben und moderner Demokratie ein. Am 31. Oktober 1517 heftete der Augustinermönch Martin Luther der Überlieferung zufolge seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg. Dieses Datum gilt uns heute als der Beginn der Reformation, die sich über die ganze Welt ausbreitete. Ein bedeutendes Ereignis, das zum Austausch über christliche Werte und ihr Wirken in unserer modernen Demokratie anregt. Und so stand der Kongress der Fraktion unter dem Motto „Von der Freiheit eines Christenmenschen – Reformation und Demokratie heute“.



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Franz Josef Jung, nannte das Reformationsjubiläum ein Ereignis von überragender Bedeutung, welches neben anderen Vorbote für unsere heutige Zivilgesellschaft gewesen sei. Volker Kauder beschrieb Martin Luther als einen der Vordenker der Freiheit und auch Dr. Martin Dutzmann, Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, stellte den Freiheitsgedanken in Luthers Lehre in den Mittelpunkt. Dabei hob er hervor, dass sich diese Freiheit freiwillig an das Wohl des Nächsten binde. Freiheit und Nächstenliebe bilden in allen christlichen Konfessionen und auch für die Union die zentrale Kernaussage des christlichen Menschenbildes. Doch auch auf politischer Ebene können Lehren aus dem christlichen Glauben gezogen werden. So betonte Volker Kauder, dass die Politik den Menschen als Ebenbild Gottes annehmen müsse, wie er ist. Es sei nicht die Aufgabe der Politik, den Menschen zu formen. Der Staat habe die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen und die Bürger nicht zu bevormunden.

Daten und Fakten

Ältere Menschen stehen im Ruhestand besser da. Die Lebensverhältnisse älterer Menschen sind oft mit der Sorge um eine mögliche drohende Altersarmut belastet. Doch den Deutschen geht es im hohen Alter besser als gedacht. Das zeigt sich an dem durchschnittlich starkem Zuwachs des Realeinkommens der Ruheständler. Während sich im Jahr 1984 mehr als 31 Prozent der Menschen ab 65 Jahren im unteren Einkommensfünftel der Gesamtbevölkerung bewegte, waren es 2014 lediglich rund 19 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihre Zugehörigkeit im obersten Einkommensfünftel von 12 auf 14 Prozent. Verantwortlich dafür ist ein Anstieg des Realeinkommens der 65-74-Jährigen seit den 80er Jahren von rund 52 Prozent. Dieser Umstand hängt u.a. mit ergänzenden Alterseinkommen, mit der Verteilung der Einkommen im Haushalt sowie mit der Haushaltszusammensetzung zusammen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Deutschlands starke Schultern tragen mehr als schwache. Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland zeigt, dass die zehn Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen fast die Hälfte des gesamten Aufkommens der Einkommensteuer zahlen. Während rund 2,7 Millionen Erwerbstätige keine Einkommensteuer zahlen, da ihr Arbeitsverdienst zu gering ist, sind rund 4,2 Millionen Personen vom Spitzensteuersatz in Höhe von 42 Prozent betroffen. Zu beachten ist, dass die Haushalte mit sehr hohen Einkommen nicht vollständig in den Daten repräsentiert sind und somit der Anteil noch höher ausfallen dürfte.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Rückenwind!

Mit dem Saarland ging es los, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen folgten. Herzlichen Glückwunsch! Das ist Rückenwind für uns. Die Landtagswahlergebnisse machen deutlich: Mit den richtigen Themen und guten, überzeugenden Kandidaten werden Wahlen gewonnen. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hat die CDU auf Schulen, Straßen und Sicherheit gesetzt, das waren und sind die richtigen Themen, die die Menschen beschäftigen. In beiden Ländern hat die CDU nach schlechten Umfragen die Nerven behalten und ist bei ihrer Linie geblieben. Das war um so wichtiger, als sich in Nordrhein-Westfalen nach Analysen ein Drittel der tatsächlichen Wähler erst in den letzten Tagen oder sogar am Wahltag entschieden haben.

Zudem waren die innerparteiliche Geschlossenheit und die direkte Ansprache der Bürger enorm wichtig für diese Wahlerfolge. Die Bürger erwarten von ihren Regierungen, dass sie ihre Wünsche und aktuelle Herausforderungen identifizieren, Lösungen erarbeiten und diese dann auch in die Tat umsetzen. Auf dieses Umsetzen sollten wir uns in den nächsten vier Sitzungswochen konzentrieren, denn die Bürgerinnen und Bürger schätzen keinen Dauerwahlkampf. Mit der Reform der Bund-Länder-Finzen, den Gesetzen zur Betriebsrente und den Netzentgelten sowie den zahlreichen Vorhaben im Bereich Innen und Recht stehen uns noch intensive Beratungen bevor.

International begrüßen wir, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Franzosen Emmanuel Macron zum Präsidenten gewählt und ihn seine erste Auslandsreise nach Deutschland geführt hat. Wir sind im Interesse der deutsch-französi-

Freundschaft und des Wohlergehens der EU zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit ihm bereit. Nur mit einem starken deutsch-französischen Tandem wird es uns gelingen, die EU trotz des Brexit voranzubringen.

Weitere Weichenstellungen für Recht und Ordnung.

Wir werden weiter mit voller Kraft Verbesserung bei der inneren Sicherheit in unserem Land voranbringen. Die Landtagswahlen haben gezeigt, dass die Bürger mit uns die Hoffnung auf mehr Sicherheit verbinden.

Ein Thema ist die völlig inakzeptable Zahl der Wohnungseinbrüche. Die Unionsfraktion hat seit langem angestrebt, die Strafgesetze zum Wohnungseinbruchsdiebstahl zu verschärfen. Nach der Verbesserung der Prävention durch das KfW-Programm zum Einbruchschutz legen wir nun auch im Strafrecht nach. Erst kurz vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen, wo die Zahl der Einbrüche besonders hoch ist, hat sich der Koalitionspartner in dieser Frage bewegt und zugestimmt, Einbrüche in dauerhaft genutzte Privatwohnungen härter zu bestrafen und die Befugnisse der Polizei zu verbessern. Die höhere Strafdrohung dient nicht nur der Abschreckung, sondern soll der hohen Zahl von Verfahrenseinstellungen entgegenwirken und den Verfolgungsdruck erhöhen. Zudem sollen die Ermittlungsbehörden künftig Funkzellendaten abfragen können, damit sie den immer professioneller agierenden Banden besser auf die Spur kommen.

Wir senken außerdem in dieser Woche die Hürden zur Durchsetzung der Ausreisepflicht für

Ausländer, die nicht freiwillig ausreisen. Das ist nicht nur, aber auch ein Thema der inneren Sicherheit, denn es wird insbesondere die Abschiebung jener ausreisepflichtigen Ausländer erleichtert, von denen Sicherheitsgefahren ausgehen. Sie können zukünftig nicht nur leichter in Abschiebehaft genommen, sondern auch elektronisch überwacht werden. Fehlen Pässe zur Identitätsfeststellung, kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zukünftig Mobiltelefone von Asylsuchenden auslesen. Damit geben wir den Behörden eine wichtige Befugnis an die Hand.

Entwicklungs-politischer Bericht der Bundesregierung

Wir haben in dieser Legislatur die Haushaltsmittel für die Entwicklungspolitik enorm gesteigert. Deutschland erfüllt 2016 das Ziel, das sich die entwickelten Staaten der Welt gemeinsam gegeben haben – 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit zu Verfügung zu stellen.

Das „Textilbündnis“ und die „Agenda 2030“ sowie die Beteiligung von Kommunen und der privaten Wirtschaft an der Entwicklungszusammenarbeit verdeutlichen die Ausrichtung unserer Entwicklungspolitik an der neuen Vision für die Weltgemeinschaft gemäß den 17 Zielsetzungen der UN-Nachhaltigkeitsagenda. Unser engagierter Bundesminister Dr. Gerd Müller hat viel zu einer gestiegenen öffentlichen Wahrnehmbarkeit dieses wichtigen Themas beigetragen.

